Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

12.5.1864 (No. 111)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 12. Mai.

Nr. 111. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, 11. Mai.

Dienstnachricht.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich mit höchster Entschließung vom 22. April d. J. gnädigst bewogen gefunden, den von der Gemeinde Kirchen aus den drei ihr bezeichneten Bewerbern gewählten und präsentirten Pfarrverweser Albert Böckh in Gölshausen zum Pfarrer von Kirchen zu ernennen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Deutschland.

Karlsruhe, 11. Mai. Ihre Majestät die Königin Augusta von Preußen ist heute Abend 6 Uhr wieder von hier abgereist, um Sich nach Baden zu begeben.

Karlsruhe, 11. Mai. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 16 enthält:

I. Verfügungen und Bekanntmachungen der Ministerien. 1) Bekanntmachungen des großh. Ministeriums des Innern: a) Die Staatsgenehmigung von Stiftungen im Mittelrheinkreise betreffend. b) Die Staatsgenehmigung von Stiftungen betreffend. 2) Bekanntmachung des großh. Handelsministeriums: Die Ertheilung von Konzessionen für den Verkauf von Wein im Kleinen betreffend. 3) Bekanntmachung des großh. Finanzministeriums: Die Feststellung, Erhebung und Ueberwachung der Weinsteuer betreffend.

II. Todesfall. Gestorben ist: Am 25. April d. J. der großh. Medizinalrath Zandt in Illenau.

Stuttgart, 8. Mai. Von dem Schleswig-Holstein-Komitee der „Volkspartei" wurde die heutige Landesversammlung veranstaltet. Es wurde über das Ergebniß der Ostermontags-Versammlungen Bericht erstattet. Die Akten sind nicht vollständig; doch glaubte der Berichterstatter, Hr. Jul. Haußmann, mittheilen zu können, daß an jenem Tag 50 Bezirksversammlungen stattgefunden, von denen 30 das Programm der „Volkspartei" pure angenommen; andere Versammlungen legten das Programm des Sechsunddreißiger-Ausschusses zu Grunde. Nach einer Durchschnittsberechnung haben die württembergischen Ostermontags-Versammlungen 13- bis 14,000 Unterschriften ergeben. Am Samstag fand eine Volksversammlung statt, in welcher folgende „Anträge an die württembergische Landesversammlung vom 8. Mai" festgestellt wurden:

1) Trennung der Herzogthümer Schleswig-Holstein von Dänemark und selbständige staatliche Verbindung derselben; freie Selbstbestimmung des schleswig-holsteinischen Volks über seine künftige Stellung auf den Grund allgemeiner Abstimmung; keine Unterwerfung unter Londoner Konferenzbeschlüsse gegen das Recht und den Willen des schleswig-holsteinischen Volks; Mißtrauen in eine Regierungspolitik, welche das Recht und die Ehre Deutschlands und der Herzogthümer (dem Ausland) preiszugeben droht. 2) Vorläufige Verbindung der deutschen Mittel- und Kleinstaaten, gestützt auf eine gemeinsame Vertretung und allgemeine Wehrhaftmachung des Volks, und Befreiung derselben von dem herrschenden Einfluß Preußens und Oesterreichs; die politische Konstituirung Gesammtdeutschlands mit Zentralgewalt und Parlament, ohne preußische und ohne österreichische Spitze, unser Endziel. 3) Beseitigung der Hindernisse des freiheitlichen und nationalen Fortschritts in den Verfassungs- und Regierungszuständen der Einzelstaaten; Revision der württembergischen Verfassung in demokratischem Geist; Selbstverwaltung des Volks an der Stelle bureaukratischer Beherrschung; Verwirklichung des konstitutionellen Grundsatzes der Mehrheitsregierung; Entfernung der Minister, deren politisches System mit diesen Forderungen im Widerspruch steht.

Alle drei Anträge wurden mit Ausnahme der Worte „dem Ausland" im ersten Antrag einstimmig und ohne Fassungsänderung angenommen.

Darmstadt, 9. Mai. (Fr. J.) Der großh. Kassationshof verwarf heute nach kaum ¼stündiger Berathung das von Warburg erhobene Kassationsgesuch gegen das obergerichtliche Erkenntniß betreffs der durch die Schrift Warburg's veranlaßten Anklage.

Hannover, 9. Mai. (Z.f.N.) Die Erste Kammer hat am Sonnabend die Verhandlungen über die „Kirchenvorstands- und Synodalordnung" begonnen. Gen.-Synd. v. Lenthe hat als Mitglied des Ausschusses dessen Anträgen nicht zugestimmt und eine Reihe selbständiger Anträge eingebracht. Voraussichtlich indessen wird die Mehrzahl der Kammer mit den die Rechte der Kirchenpatrone hinlänglich wahrenden Ausschußanträgen sich begnügen. — Planck, als erwähltem Abgeordneten der Stadt Münden, ist gleichwie früher für Hameln zum Eintritt in die Zweite Kammer der Urlaub verweigert.

Oldenburg, 8. Mai. Man schreibt der „Wes.-Ztg.": „Die Mittheilung, daß der Großherzog von Oldenburg das Herzogthum Holstein für sich in Anspruch genommen und den Beweis seines Erbrechts in einer umfangreichen, dort und auch wohl anderwärts übergebenen Denkschrift bereits angetreten habe, reiht sich jener großen Menge unwahrer Nachrichten an, die — man weiß nicht, zu welchem Zweck — über die Stellung unseres Großherzogs zur schleswig-holsteinischen Frage von Zeit zu Zeit plötzlich zu Tage gefördert werden, um dann eben so rasch gleich Seifenblasen wieder zu verschwinden."

Altona, 6. Mai. (Alton. Mrk.) Sicherm Vernehmen nach ist der kürzlich oft genannte dänische Kapitän Hammer am Mittwoch mit seinem Dampfschiff aus der Schmaltiefe und vermuthlich nach Helgoland oder zur Elbe in See gegangen. Mit der dänischen „Estaffette", welche nach einem Telegramm dieser Tage bei Helgoland lag, wird wohl dieses Dampfschiff gemeint sein. Hammer wird also von der Ankunft des österreichisch-preußischen Geschwaders Kenntniß haben. Es wäre daher jetzt an der Zeit, seiner Herrschaft über die friesischen Westsee-Inseln ein Ende zu machen.

Rendsburg, 8. Mai. (Hamb. Bl.) Um 2 Uhr verkündeten Kanonenschläge die Eröffnung der auf heute berufenen Landesversammlung. Nachdem ein anwesendes Musikkorps auf ein Zeichen des ordnenden Komitee's den Choral: „Eine feste Burg ist unser Gott" eingesetzt und unter andächtiger Stille des Publikums geblasen hatte, trat Hr. Advokat Wiggers auf die Rednertribüne und begrüßte Namens des schleswig-holsteinischen Generalvereins die zahlreich aus allen Gauen des Vaterlandes erschienenen Männer, dankte für das dem Vorstande durch Befolgung des Rufs geschenkte Vertrauen, und sprach namentlich auch seine Freude über die zahlreiche Schar der unter ihren resp. Heerbannern erschienenen schleswig-holsteinischen Kampfgenossen aus. Hr. Wiggers legte dann die Bedeutsamkeit des im Vollzug begriffenen heutigen Tagewerks in kräftigen eindringlichen Worten dar, worin er von den HH. Institutsvorsteher Gerber aus Elmshorn, Advokat Rabe aus Itzehoe, und Dr. Lorenzen und Lehrer Hansen aus Flensburg abgelöst wurde, worauf dann die Resolutionen ohne weitere Debatte durch allgemeines Aufheben der Rechten unter donnerndem Applaus von den Versammelten angenommen wurden.

Dieselben lauten wörtlich:

I. Die in Rendsburg versammelten Schleswig-Holsteiner erklären:

1) „Wir halten unerschütterlich fest an unserm guten Recht. Getrennt von Dänemark wollen wir ein freies Schleswig-Holstein unter unserm angestammten Herzog Friedrich VIII.

2) Wir fordern, daß den Vertretern des Landes Gelegenheit gegeben werde, für dieses unser Recht feierlich Zeugniß abzulegen.

3) Sollten fremde Mächte willkürlich über uns verfügen wollen, so sind wir entschlossen, für unser Recht, für das wir schon einmal in Waffen standen, das Letzte einzusetzen."

II. Die Landesversammlung in Rendsburg spricht den verbündeten Armeen den Dank des schleswig-holsteinischen Volkes aus für die siegreich vollzogene Befreiung des schleswig'schen Landes. Sie ist es aber gleichzeitig der Ehre und der Selbstachtung ihres Volkes schuldig, das dringende Verlangen auszusprechen, daß es endlich der wehrbaren Mannschaft vergönnt werden möge, mit den Waffen in der Hand an der Fortsetzung des Befreiungswerkes Theil zu nehmen.

Nachdem Hr. Wiggers noch der anwesenden Menge mitgetheilt, daß mehrere begrüßende Telegramme aus dem Süden so eben eingetroffen seien, von denen das von Erlangen verlesen wurde, erklärte er, nachdem Musik und Volk noch den Choral: „Nun danket Alle Gott" hatten erschallen lassen, die Volksversammlung für beendigt und ersuchte die Menge, sich in möglichster Ordnung aufzulösen, was freilich bei dem ungeheuren Menschengewoge kein Leichtes war, aber dennoch ohne jegliche Störung vor sich ging. Eine annähernde Uebersicht über die Zahl der Versammelten konnte man unmöglich gewinnen, 40,000 bis 50,000, Andere sagen, wenigstens 50,000 Personen sind aber gewiß dagewesen.

Fridericia, 7. Mai. Man schreibt der „Nordd. Ztg.": Das Demoliren des verschanzten Lagers dauert fort. Man treibt dazu mehr und mehr Jütländer herbei, die zu Hause geradezu von den Patrouillen aufgefangen und fortgeschleppt werden, wie sie stehen und gehen; man läßt ihnen nur Zeit, ein Körbchen mit Viktualien zusammenzupacken. Doch werden sie an Ort und Stelle von den treuen Weibern bald aufgesucht. Von den erbeuteten Geschützen sind schon 200 nach Wonsild, dem nächsten schleswig'schen Dorfe südlich von Kolding, gebracht worden, wohin sie zunächst alle kommen. Die Nägel werden aus den Zündlöchern wieder ausgebohrt und gefeilt. Die Munition wird sämmtlich ins Meer wandern, welchen Weg gestern schon ein guter Theil gegangen ist. Die Dänen sollen 50 gezogene Geschütze nach Fünen mitgenommen haben. Der zurückgelassenen Gewehre und Säbel sind es nur etwa 200, Munition dagegen fand man in schwerer Menge, die ganze Zitadelle steckte voll.

Berlin, 9. Mai. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt heute dem Waffenstillstand günstige Chancen zu:

Wir sehen, sagt das ministerielle Blatt, diejenigen Kombinationen, welche das Nichtzustandekommen des Waffenstillstandes auch in der bevorstehenden Sitzung der Konferenz voraussetzen, einzig auf der Ansicht basiren, daß die deutschen Großmächte Jütland nicht räumen würden, weil sie darauf beständen, ein Pfand für die Kriegskosten in Händen zu haben. Wir glauben, daß diese Anschauung nicht richtig ist. Die Frage der Kriegskosten wird eine Sache und eine Bedingung des Friedens sein, und wenn Dänemark die Zahlung verweigern, oder aber keine Garantien für diese Zahlung bieten könnte, so würde der Frieden wahrscheinlich nicht zu Stande kommen. In diesem Fall aber ist Jütland für unsere Armeen ein offenes Land, und wir haben dann nur nöthig, wieder einzumarschiren, um diejenigen Positionen einzunehmen, welche wir jetzt, als ein Pfand unserer versöhnlichen Gesinnungen, Europa gegenüber aufgeben.

Von der Forderung, mindestens die gekaperten Schiffe vor dem Waffenstillstand herauszugeben, ist hiernach nicht mehr die Rede.

Aus London bestätigt das offiziöse Blatt, daß Lord Russell der schleswig-holsteinischen Deputation, welche durch Hrn. Reincke um eine Audienz nachgesucht hatte, sein Bedauern ausgesprochen hat, daß er dieselbe zu empfangen außer Stande sei. Er stellte den Mitgliedern anheim, diejenigen Mittheilungen, welche sie ihm zu machen Willens wären, schriftlich zu seiner persönlichen Kenntnißnahme einzureichen, da die Konferenz aus Repräsentanten von Souveränen und Staaten bestehe, und nicht die Befugniß habe, mit Gesellschaften oder Individuen in Unterhandlungen zu treten. Nun wird Hr. v. Beust die Uebermittlung der Schriftstücke, um die es sich handelt, an die Konferenz übernehmen.

Potsdam, 9. Mai. (Köln. Ztg.) Vor dem hiesigen Kreisgericht stand heute Termin an gegen den Abgeordneten Schulze-Delitzsch, Fabrikdirektor Haase und den Buchdrucker Dittmann. Gegenstand der Anklage war die vom Berliner Arbeiterverein am 2. Aug. v. J. nach Potsdam arrangirte Vergnügungsfahrt. Die Staatsanwaltschaft hatte Anklage wegen Verletzung des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 erhoben, weil sie diese Parthie als eine Versammlung unter freiem Himmel betrachtete, zu welcher die polizeiliche Genehmigung nicht nachgesucht war. Der Staatsanwalt v. Luck hielt nach Erhebung des Belastungsbeweises die Anklage nur gegen Schulze und Dittmann aufrecht und beantragte gegen Erstern 5 Thlr., gegen Letztern 10 Thlr. Geldbuße. Die Angeklagten waren im Termin erschienen und vertheidigten sich selbst. Der Gerichtshof erkannte in Bezug auf alle drei Angeklagten Nichtschuldig.

Posen, 7. Mai. Dem hiesigen „Dziennik" zufolge ist gestern bei dem Grafen Bninski in Samostrzel Graf Wladislaus Lacki von Posadowo verhaftet und nach dem Fort Winiary gebracht worden.

Wien, 9. Mai. (A. Z.) Erst seit gestern Morgen befindet sich das Protokoll der Londoner Konferenzsitzung vom 4. Mai in den Händen des Ministeriums des Auswärtigen, und wir sind also über den Gang der betreffenden Debatten etwas mehr orientirt, als es bisher möglich gewesen. Die Sitzung wurde mit den Erklärungen der kriegführenden Theile eröffnet — für Oesterreich und Preußen führte der erste preußische Bevollmächtigte, Graf Bernstorff, das Wort — Dänemarks: daß es die Einstellung der Feindseligkeiten nur unter der Bedingung der Aufrechthaltung der bestehenden Blokade zugestehe; der beiden deutschen Großmächte: daß unter dieser Bedingung eine Waffenruhe unannehmbar sei. In einer Debatte erklärten die neutralen Mächte ausnahmslos, wenn auch theilweise mit restringirenden wohlwollenden Entschuldigungen für die Weigerung Dänemarks, das Verlangen der deutschen Großmächte als ein vollkommen gerechtfertigtes. Graf Bernstorff berief sich mit großem Nachdruck auf die in der dänischen Blokade enthaltene flagrante Verletzung des Pariser Vertrags, und Hr. v. Beust wies darauf hin, daß diese Blokade bisher vorzugsweise Holstein schwer geschädigt habe. Hiernach wurden auf Anregung des russischen Bevollmächtigten die Verhandlungen, welche seither wesentlich nur eine einfache Einstellung der Feindseligkeiten in Aussicht genommen, auf das Feld der eventuellen Bedingungen für einen förmlichen Waffenstillstand hinübergeleitet, und das Resultat derselben war der bekannte Vermittlungsantrag, welcher mit Ausscheidung des für den Waffenstillstand schon vorläufig erhobenen Anspruchs der deutschen Mächte auf Herausgabe der gekaperten Schiffe, die Aufhebung der Blokade und die gegenseitige Räumung Jütlands und Schleswigs als Bedingungen des Waffenstillstandes aufstellte. Der Antrag wurde, nach einer von Dänemark fast leidenschaftlich geführten Erörterung über die Territorialeigenschaft der betreffenden Inseln — namentlich die Zugehörigkeit der Insel Arroe zu Schleswig wurde entschieden geläugnet — ad referendum genommen. Seitdem haben nun zwischen Wien und Berlin unausgesetzte Unterhandlungen über diesen Antrag stattgefunden, und nach mehrfachen Schwankungen in der einfachen Annahme desselben ihren Abschluß erhalten. Die bis dahin festgehaltene Bedingung der Herausgabe der Schiffe wurde in dem Augenblick für erledigt erachtet, als die jütländische Kontribution eingehoben, und damit auf alle Fälle eine entsprechende Entschädigung für die von deutscher Seite zu konstatirenden Verluste gesichert war. Im Uebrigen scheint nur noch die Frage: inwiefern die Räumung Jütlands, etwa nur mit Ausschluß der einstweilen noch besetzt zu haltenden Festung Fridericia, zuzugestehen sei, ein Ge-

genstand längerer Verhandlungen gewesen zu sein; schließlich ist aber auch darin eine Uebereinstimmung erzielt worden, und wird gegen die Räumung aller schleswigschen Inseln auch die Räumung ganz Jütlands anstandslos erfolgen.

†† **Wien,** 10. Mai. Das Resultat der gestrigen Londoner Konferenzsitzung ist in gewisser Beziehung ein überraschendes: man war, falls Dänemark nicht etwa sich für die Fortführung des Kampfes entschied, auf einen Waffenstillstand gefaßt, aber nicht auf eine bloße Einstellung der Feindseligkeiten, und doch ist die letztere beschlossen. Die Sache hängt so zusammen. Die deutschen Großmächte hatten Anfangs nur eine einfache suspension d'armes in Aussicht genommen und als Grundlage derselben die Aufhebung der Blokade und den militärischen Besitzstand aufgestellt. Dänemark lehnte bekanntlich die Aufhebung der Blokade, und damit den ganzen Vorschlag ab. Seitdem formulirten die neutralen Mächte ihren Antrag für den eigentlichen Waffenstillstand und statuirten als dessen Basis die Aufhebung der Blokade und die gegenseitige Räumung Jütlands und Schleswigs — Schleswigs „sammt den Inseln". Dänemark hat es nun augenscheinlich einestheils nicht gewagt, einen von den Neutralen selbst ausgegangenen und von ihnen deßhalb ohne Zweifel mit dem ganzen Gewicht ihres Einflusses unterstützten Antrag auf Aufhebung der Blokade pure zu verwerfen; es hat aber anderntheils sich nicht entschließen können, gegen ein unbestrittenes und für immer dänisches Territorium (Jütland) Inseln herauszugeben, die entweder (Alsen) von hervorragender militärischer sowohl als politischer Bedeutung sind, oder (Arroe) bezüglich derer es überhaupt die Zugehörigkeit zu Schleswig als mindestens noch kontrovers erklärt. Es hat mithin, als auf von zwei Uebeln das kleinere, auf den früher abgelehnten Antrag der deutschen Mächte zurückgegriffen; und da die deutschen Mächte ihren eigenen Antrag nicht füglich jetzt verläugnen konnten, so ist auf dieser Grundlage eine Einigung zu Stande gekommen. Wie übrigens der sogenannte Vermittlungsantrag der Neutralen, mit Ueberspringung des Stadiums der bloßen Waffenruhe, sofort auf den Waffenstillstand hinarbeitete, so wird man jetzt, wo die bloße Waffenruhe beschlossen ist, das Stadium des Waffenstillstandes überspringen; wenigstens hören wir versichern, daß die nächste Konferenzsitzung sich schon mit den Bedingungen des Friedens selbst beschäftigen wird.

Italien.

* **Rom,** 7. Mai. Die päpstlichen Audienzen, welche während einer Woche wegen Unwohlseins des Papstes unterbrochen worden waren, haben wieder begonnen. Die Regierung hat das Pilgerhospiz dazu erlesen, die polnischen Priester zu empfangen, welche von den Russen zum Tode verurtheilt worden sind und sich nach Rom geflüchtet haben. Zwei Brigantenbanden, welche auf den päpstlichen Boden in der Nähe von Porto d'Anzio zurückgedrängt worden waren, haben verschiedene Personen geplündert.

Die römische Korrespondenz erklärt, daß mehrere fremde Blätter die Rede des Papstes bezüglich Polens übertrieben und verdreht haben. Sie protestirt besonders gegen die Version der „Patrie". Sie sagt, daß die katholischen Blätter allein den wahren Sinn der Rede gegeben haben, und fügt dann hinzu:

Europa schwieg im Jahr 1842, als Gregor XVI. die Verfolgung der Russen denunzirte, und eine Rachebewegung begann, welche zu dem Krimkrieg führte. Pius IX. ergreift wieder unter vielleicht noch bedenklichern Umständen das Werk seines Vorgängers. Seine strengen, aber von einer schlechten Presse travestirten Worte werden früher oder später einen günstigen Erfolg für das katholische Polen ausüben.

Frankreich.

* **Paris,** 9. Mai. Das „Memor. diplomat." gibt Auskunft über die „Instruktionen, welche die französische Regierung ihrem Gesandten in London, dem Fürsten de la Tour d'Auvergne, ertheilt hat.

Falls die Aufrechthaltung des Londoner Vertrags noch möglich ist (was natürlich nicht mehr möglich ist), so wird der französische Bevollmächtigte redlich und aufrichtig sich den Bestrebungen der anderen Bevollmächtigten beigesellen, um diesen Zweck zu erreichen. Nur in dem (selbstverständlichen) Fall, daß die Bedingungen der Souveränetät des Königs von Dänemark bezüglich der Herzogthümer vermindert werden sollten, würde er die Nothwendigkeit hervorheben, die Beschlüsse der Konferenz der Volksabstimmung unterzuordnen. Er würde z. B. der Idee, künftig Schleswig und Holstein durch eine Personalunion (was doch das Mindeste ist, was Preußen und Oesterreich fordern) an die Krone Dänemark zu binden, nur unter der Bedingung beitreten können, daß darüber vorher der Wille der Bevölkerung zu Rathe gezogen werde. Dagegen überläßt Frankreich vollständig der Konferenz, die Art der Abstimmung festzusetzen, vorausgesetzt, daß der Wille der Bevölkerung von Schleswig und Holstein auf eine Weise konstatirt wird, welche durchaus jede Zweideutigkeit ausschließt. Fürst de la Tour d'Auvergne wird sich zugleich enthalten, irgend einer Kombination beizutreten, die nicht eine definitive Lösung des dänisch-deutschen Konflikts herbeiführen würde. Es liegt der Regierung des Kaisers daran, nicht ihre Unterschrift unter neue Arrangements zu setzen, welche, wie der Londoner Vertrag, früher oder später als ein ohnmächtiges Werk bezeichnet werden könnten.

Der „Constitutionnel" ist wieder voll Hohn gegen den bramarbasirenden Lärm der englischen Presse, hinter dem nichts sei und über den man sich mit Recht in Deutschland lustig mache. Dagegen ist es nicht ohne Bedeutung, daß dasselbe Blatt ernsthaft die große Volksversammlung in Rendsburg bespricht und aus Schleswig berichtet, es sei der Wunsch des Landes, daß baldmöglichst die legale Vertretung des Landes, wie ungenügend auch das gegenwärtige Wahlgesetz sei, zusammenberufen werde, und zwar sei der allgemeine Wunsch, daß die Stände von Schleswig und Holstein in einer einzigen Versammlung sitzen und tagen sollen, gemäß dem alten Gebrauch, der 1848 wieder erneut wurde. Würde dieser Wunsch erfüllt, so sei mit Wahrscheinlichkeit vorauszusehen, daß die vereinigten Stände mit verschwindenden Ausnahmen und ohne Trennung nach Nationalitäten sich für ein unabhängiges Schleswig-Holstein unter Herzog Friedrich VIII. aussprechen würden. Es verdient immerhin bemerkt zu werden, daß der „Constitutionnel" sich zum Organ eben dieses Wunsches macht.

* **Paris,** 10. Mai. Der „Moniteur" veröffentlicht heute die beinahe 4 große, enggedruckte Spalten ausfüllende Rede, welche Herzog Persigny auf dem landwirthsch. Fest von Roanne gehalten hat. Die Rede Persigny's ist eine ausführliche Apologie des jetzt herrschenden Systems zunächst in seiner Wirksamkeit für die materielle Entfaltung im Innern. Dabei fehlen die bei dem Redner üblichen Angriffe auf die „alten Parteien" nicht; diesmal gelten sie besonders Hrn. Thiers und seiner Budgetrede. Es mag genügen, eine Stelle aus der Rede herauszuheben:

Welch' große Dinge das Kaiserreich auch im Innern vollbracht hat — sagte Hr. v. Persigny —, gewiß ist, daß sein Hauptbestreben dahin ging, nach außen die Unabhängigkeit Frankreichs wieder herzustellen, ihm seine Freiheit des Handelns wiederzugeben, und es von den Gefahren der Koalition zu befreien, welche seit 1815 auf ihm lasteten... Heute, wo dieser Theil der Mission des Kaiserreichs erreicht und seine militirende Rolle in Europa beendet ist, heute, wo es ruhmvoll in den Bund der Nationen wieder eintrat, hat Frankreich kein anderes Interesse mehr, als die gemeinschaftlichen Interessen Europa's selbst — für welches sicherlich eine „Friedensära" beginnt.

Der „Abend-Moniteur" meldet, daß die Yacht des Herzogs von Sutherland am 9. Mai zu Caprera anlangte und Garibaldi sich ausschiffte. — Die japanesischen Gesandten sind diesen Morgen nach Cherburg abgereist, um die dortigen Militär- und Marineetablissements zu besichtigen. Von Cherburg aus werden sie sich an Bord eines Kriegsschiffs nach Havre begeben. Zu der Lotterie zum Besten der armen Deutschen in Paris lieferten diese Asiaten mehrere der schönsten Gewinnste. — In Portugal gährt eine Art Universitätsrevolution, die mehr und mehr einen politischen Charakter anzunehmen scheint. Der „Moniteur" schweigt, doch erfährt man aus Lissabon 8., daß die Studenten von Coimbra nach Minho abgegangen sind. Die Truppen weigerten sich, einzuschreiten. — Es ist neuerdings die Rede davon, daß nach Schluß der Session Fould vom Finanzministerium und vielleicht auch Staatsminister Rouher zurücktreten werden. — Gestern fand in der Sorbonne die vorletzte der öffentlichen Vorlesungen statt. Der Zudrang war außerordentlich. Hr. Sanson vom Théatre français las über Molière's „Misanthrope" und Stellen aus der „Ecole des femmes". Der Schluß findet Donnerstag durch einen Vortrag des Hrn. Prof. Hebert über die Erdrinde statt.

Die Börse nahm die Nachricht von Einstellung der Feindseligkeiten etwas kühl auf. Rente stieg um nur 25 C. Cred. Mob. um 25 Fr., und dabei war das Geschäft äußerst beschränkt. Die Börse fürchtet den Einfluß der Geldverhältnisse und ist noch unter dem Eindruck der jüngsten Liquidation und ihrer schlimmen Folgen.

Dänemark.

Kopenhagen, 7. Mai. Im Lauf des heutigen Nachmittags hat auf's neue eine Geheimestaatsraths-Sitzung stattgefunden; es soll in derselben über eine Anfrage des Kammerherrn Quaade, ob nicht in irgend einer Weise dem ausländischen Drängen nach Waffenstillstand Rechnung zu tragen sei, berathen worden sein. — Der König hat für die Hinterbliebenen der Gefallenen 40,000 Thlr. dänisch aus der Zivilliste ausgeworfen, die im Lauf der nächsten 10 Jahre gleichmäßig zur Vertheilung kommen sollen. — Das Kriegsministerium meldet, „7. Mai, Vormittags: Von Alsen wird berichtet, daß die feindlichen Arbeiten in der Düppeler Stellung fortgesetzt werden. In dem befestigten Lager vor Fridericia unternimmt der Feind Demolirungsarbeiten." — Der General v. Gerlach hat aus Assens (auf Fühnen) unterm 5. d. folgende Danksagung an das dänische Volk gerichtet:

Ich fühle mich aufgefordert, im Namen des dänischen Heeres für die Anerkennung von Seiten der Nation zu danken, über welche in Wort und That — aus größeren Kreisen und von einzelnen Männern — täglich neue Zeugnisse vorliegen. Die dänische Armee glaubt ihre Pflicht gethan zu haben und wird dieselbe niemals verabsäumen. Aber je mehr Verhältnisse, über welche dieselbe nicht Herr ist, die Aussicht auf Siege über den Feind verschließen, desto mehr bedarf das Heer der Nachricht, daß sein Werth in Folge dessen von dem Volke nicht falsch ausgelegt werde, und von allen Beweisen hiefür empfängt dasselbe am dankbarsten diejenigen, durch welche die Trauer gemildert und die Noth gelindert wird in dem großen Kreise von Hinterlassenen gefallener Kameraden.

Kopenhagen, 7. Mai. (Hamb. Nachr.) Vom Kriegsschauplatz in Jütland liegen aus den dortigen Blättern folgende Nachrichten vor. Von der ausgeschriebenen Geldkontribution sollen in Skive 3000 Thlr. gezahlt worden sein; in Mariager hatte man von den geforderten 4000 Thlrn. Pr. 1080 Thlr. zusammengebracht. In Viborg hat die Kommunalverwaltung sich geweigert, die verlangte Summe von 50,000 Thlr. Pr. herbeizuschaffen. Der Höchstkommandirende, Oberst Bornhorst, hätte eine Frist von 6 Stunden bis Dienstag Abend gegeben; würde die Summe bis dahin nicht entrichtet, so sollten Pferde und Wagen mit Beschlag belegt und angesehene Männer als Geißeln fortgeführt werden. In Hobro hat die Kommunalverwaltung erklärt, von den verlangten 24,000 Thlrn. nur 5000 Thlr. aufbringen zu können. In Ringkjöbing hat der Feind (Oesterreicher) 20,000 Thlr. ausgeschrieben. Als die Bezahlung verweigert wurde, wurden der Amtmann, der Stadtvogt und die Bürgerrepräsentanten als Geißeln fortgeführt. — Man spricht davon, daß Oberst Kauffmann, einst de Meza's Stabschef und noch in den besten Jahren stehend, zum Obergeneral ernannt werden dürfte.

Amerika.

* **Neu-York,** 28. Apr. (Per „Asia".) Die am Rapidan einander gegenüberstehenden Armeen sind kampfbereit; doch verlautet von einer Truppenbewegung noch nichts, und über die beiderseitigen Feldzugsplane herrscht absolute Ungewißheit. Burnside soll mit 40,000 Mann zu Grant gestoßen sein und Longstreet am linken Flügel Lee's Position genommen haben. Die Richmonder Blätter sind voll von der Vollendung einer furchtbaren Panzerflotte und versichern, die Südstaaten seien an allen Punkten, zu Wasser wie zu Lande, auf den bevorstehenden Feldzug auf's beste gerüstet. — In Nordkarolina droht den Städten Newbern und Washington wieder ein Angriff der Südstaatlichen, indem Letztere unter General Hoke am 20. den in Plymouth kommandirenden General Wessels zur Uebergabe gezwungen haben. Mit der Stadt fielen auch deren 4 Forts, 30 Kanonen und 1500 Gefangene in die Hände der Angreifer; und wie berichtet wird, haben die Südlichen, wie in Fort Pillow, auch hier in Plymouth ihren Sieg wieder durch die Niedermetzelung von 150 wehrlosen gefangenen Negersoldaten geschändet. — General Forest soll sich auf den Weg nach Alabama gemacht haben, um zu Bischof Polk zu stoßen. — Nähere Nachrichten über die Niederlage, welche die Vorhut der Banks'schen Expedition in Louisiana gegen die gesammte südstaatliche Armee unter Kirby Smith am 8. d. erlitten hat, geben den Wahlplatz bei Sabine Croß-roads an und bestätigen, daß die Südlichen, als sie am folgenden Tage auf die vereinigte Banks'sche Armee bei Pleasant-hill den Angriff wiederholten, mit dem Verlust mehrerer Geschütze zurückgeworfen wurden. Am 10. setzte Banks seinen Rückzug nach Natchitoches und Grand Ecore fort, wo er seine Armee reorganisirte und die Flußufer befestigte.

Den neuesten Nachrichten aus Neu-Orleans zufolge ist die Kanonenboot-Flottille glücklich wieder in Grand Ecore angelangt, und mit frischer Munition versehen, hat Banks wieder den Marsch nach Shreveport angetreten. Die Verluste, welche er in diesem Feldzug erlitten hat, belaufen sich auf 3,500 Mann, 18 Geschütze und 300 Wagen. [Die Südlichen hatten behauptet, Banks habe in dem einen Gefecht des 8. Apr. 14,000 Mann verloren.] — Der Präsident Lincoln hat das von den Gouverneuren von Michigan, Ohio, Indiana, Illinois, Iowa und Wisconsin ihm gemachte Anerbieten, 100,000 Freiwillige in jedem beliebigen Zeitpunkt zu Garnison- und Grenzdienst zu stellen, angenommen. — Der zum Besten der verwundeten Krieger abgehaltene Bazar in Neu-York hat die Summe von 1,064,278 Doll. ergeben. — Das Repräsentantenhaus hat die Einkommensteuer je nach der Höhe des pflichtigen Betrages auf 5, 7½ und 10 Prozent erhöht; ferner hat es einen Beschluß gefaßt, für die nächsten sechzig Tage die Eingangszölle um 50 Proz. zu erhöhen, welche Maßregel der Senat dahin modifizirt, daß der Tarif zeitweilig um 33 Proz. heraufgesetzt ist, mit Ausnahme der Waaren in Bond.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 11. Mai. 48. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt.

Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Justizministeriums, Staatsminister Dr. Stabel; der Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig; der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey; Ministerialrath Ammann.

Nach Eröffnung der Sitzung werden folgende Petitionen angezeigt:

1) Bitte der Gemeinden Mußbach, Glashütten, Brückenbau betr.

2) Bitte der Gemeinden Gottmadingen, Randegg, die Schulreform betr.; übergeben vom Abg. Kirsner.

3) Gleiche Bitte der Gemeinde Mundelfingen; eingekommen beim Sekretariat.

4) Bitte der Gemeinden Wolfach, Rippoldsau, die Kinzigthal-Eisenbahn betr.; übergeben vom Abg. Gerwig.

5) Gleiche Bitte der Gemeinde Heimbach; eingekommen beim Sekretariat.

6) Bitte der Handelskammer von Pforzheim, die Errichtung einer badischen Bank; übergeben vom Abg. Lenz.

7) Bitte mehrerer Handelsleute von Bruchsal in gleichem Betreff.

Die Abgg. Paravicini und Meyr zeigen druckfertige Berichte an.

Die Tagesordnung führt zur Berathung des vom Abg. Prestinari erstatteten Berichts über die Schlußredaktion der Gerichtsverfassung.

Zunächst ergreift das Wort

Abg. v. Feder: Mit der Annahme dieses Gesetzes ist Seitens der Kammer das letzte Hinderniß beseitigt, das der Einführung der neuen Organisation entgegensteht.

Die großh. Regierung hat ihre Absicht, diese Einführung so viel wie möglich zu beschleunigen, wiederholt an den Tag gelegt. Um so mehr muß man staunen, daß neuerdings in der Presse und auch sonst Stimmen laut werden, die einer Politik der Verzögerung das Wort reden. Damit könne man sich durchaus nicht einverstanden erklären. Schon seit vier Jahren wartet man auf die Einführung des neuen Gerichts- und Verwaltungssystems, das den Anfang einer neuen Kulturentwicklung und der Erhöhung des ganzen geistigen Lebens unseres Volkes bilden wird. Von der endlichen Gewißheit dieser Einführung hängen vielerlei materielle Interessen des Publikums ab, ferner die Lage des ziemlich zahlreichen Juristenstandes, nicht die materielle Lage, die Aussicht auf Beförderung, sondern vor Allem die geistige Lage, in der sich dieser Stand befindet. Das alte Recht ist auf dem Punkt, aufgehoben zu werden, bietet kein Interesse weiter dar, das neue Recht aber noch nicht eingeführt; das ist ein mißlicher Zustand.

Der wichtigste Grund für die baldige Einführung ist aber der, daß mit jedem Moment des Zögerns die Gefahr des Scheiterns der ganzen Einrichtung wächst. Aus allen diesen Gründen ist die baldmöglichste Einführung zu wünschen.

Staatsminister Dr. Stabel: Die großh. Regierung erkennt die für baldige Einführung sprechenden Gründe; sie ist der Ansicht, daß alle Kräfte angespannt werden müssen, um die Einführung zu beschleunigen; sie hat die Absicht, dieselbe am 1. Sept. d. J. eintreten zu lassen, und sie wird Alles aufbieten, um diesen Termin einzuhalten. Die Prozeßordnungen werden demnächst im Regierungsblatt erscheinen; die nöthige Vorbereitungszeit wird also den Richtern gegeben sein, und darin kein Hinderniß der Einführung liegen.

Abg. Prestinari zweifelt nicht, daß bei der Energie der Regierung es gelingen werde, den genannten Einführungstermin einzuhalten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Bei der hierauf folgenden Detailberathung wird die sich nur auf einzelne Paragraphen beziehende Schlußredaktion nach den im Wesentlichen mit dem Regierungsentwurf übereinstimmenden Kommissionsanträgen einstimmig genehmigt.

Die Tagesordnung führt weiter zur Berathung des vom Abg. Lamey (Pforzheim) erstatteten Berichts über die, die allgemeine Wehrpflicht betreffenden Petitionen aus Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Rheinbischofsheim, Oberkirch, Offenburg, Lahr, Lörrach, Singen, Ueberlingen und Meßkirch.

Ein Theil dieser Petitionen will die allgemeine Wehrbarmachung zu Gunsten Schleswig-Holsteins.

Die Kommission, obwohl sie mit diesem Mittel nicht einverstanden ist, erkennt in der Bitte eine energische Zustimmung zur Politik der großh. Regierung und ein erfreuliches Zeugniß der Opferwilligkeit badischer Staatsbürger, und schlägt daher vor, diese Petitionen dem großh. Staatsministerium zur Kenntnißnahme zu überweisen.

Bezüglich des zweiten Theils der Petitionen, der mehr auf die dauernde Organisation des Heeres, auf die allgemeine Wehrpflicht gerichtet ist, schlägt die Kommission in Rücksicht auf die jetzigen Zeitverhältnisse und im Vertrauen auf die Regierung, daß sie, sobald ihr die Verhältnisse dazu geeignet erscheinen und die Sache reif ist, von selbst die richtigen Schritte thun werde, die motivirte Tagesordnung vor.

Abg. Kopfer ist mit der Ausführung des Berichts, nicht aber mit dem Schlußantrag der Kommission einverstanden. Man sollte über eine so wichtige Frage nicht zur Tagesordnung übergehen.

Redner bespricht nun die Gründe für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Der erste Grund sei der, daß die allgemeine Wehrpflicht als eine Forderung der Gerechtigkeit erscheine; schon die Verfassung bestimmt, daß alle Badener vor dem Gesetz gleich seien; Dem widerspricht das Konskriptionswesen mit seinen Zufälligkeiten und Härten.

Eine Vermehrung der Armee durch allgemeine Wehrpflicht werde dadurch erreicht, daß eine kürzere Präsenz eintrete.

Man hat zwar gesagt, eine längere Dienstzeit sei nöthig, um den militärischen Geist in die Armee zu bringen. Wenn man darunter die Sonderung und Trennung von dem Bürgerstand verstehe, so wäre dies eine nicht wünschenswerthe Folge. Der Militärstand soll gerade mehr und mehr mit dem Volk verwachsen.

Die allgemeine Wehrpflicht kann ferner durch das Turnen und die Einführung von Jugendwehren gefördert werden.

Wenn man sagt, die Bundes-Kriegsverfassung stehe der Einführung einer kürzern Präsenzzeit entgegen, so muß man eben auf Abänderung dieser Bundes-Kriegsverfassung hinarbeiten.

Redner stellt schließlich den Antrag, die Kammer wolle die Petitionen der großh. Regierung zur Kenntnißnahme und thunlichsten Berücksichtigung überweisen.

Kriegsministerialpräsident Ludwig: Er habe schon gestern darauf hingewiesen, daß die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht mit einer Erhöhung des Budgets verbunden sei.

Redner geht nun auf das Materielle ein, indem er erklärt, seine Ansichten seien nicht als eine Verständigung unter der großh. Regierung zu betrachten, vielmehr nur das Ergebniß vielfältig gepflogener Untersuchungen und langjähriger Erfahrungen. Wir haben jedes Jahr 14,000 junge Männer, die 20 Jahre alt werden, davon sind rnud 5000 waffenfähig. Jährlich können nicht mehr als 5000 unter die Waffen gerufen werden, also mit sechsjähriger Dienstpflicht 30,000 oder 27,000 Mann, da der außerordentliche Abgang etwa 3000 beträgt. Weiter gehen ab die Nichtstreitbaren mit 3000, so daß 24,000 übrig bleiben. Damit scheinen manche illusorische Erwartungen abgeschnitten zu sein, wenn man nicht auf eine 12jährige Dienstpflicht greifen will, wodurch eine kriegstüchtige Armee von 48,000 Mann hergestellt werden könnte, aber mit großer Belastung der Einzelnen.

Eine wesentliche Einrichtung würde aber durch Einführung allgemeiner Dienstpflicht leiden: das Einstandswesen.

Die Aufhebung des Einstandswesens hat deßhalb Bedenken, weil die Bildung eines Unteroffizierstandes, des Berufssoldaten, gerade durch die Einstandsgelder ermöglicht wird. Zweckmäßig dürfte übrigens die Aufhebung des Privateinstands-Vertrages sein.

Was nun die Frage der Ausbildung der 24,000 Mann betrifft, so sind wir zunächst dem Bunde gegenüber verpflichtet, 15,000 Mann nebst 3000 Mann Ersatz zu stellen, und hierbei ist auch an der zweijährigen Dienstzeit festzuhalten.

Aus dem sechsjährigen Komplex erübrigen dann noch 6000 Mann oder ein jährlicher Zugang von 1200 Mann. Der Gedanke der allgemeinen Wehrpflicht läuft also ganz auf eine Verstärkung von jährlich 1200 Mann hinaus. Bezüglich dieser 6000 Mann könnte man allerdings vielleicht mit einer etwas kürzern Dienstzeit auskommen, da dieselben eben in die übrige, schon gediente sog. Stockmannschaft eingereiht werden.

Zu der Vermehrung dieser Mannschaft, zur Einrichtung eines militärisch brauchbaren Systems, etwa 48,000 Mann, 3600 durchgebildetes Heer und 12,000 Mann Ersatz, wären etwa 300,000 fl. jährlich nöthig und weitere 300,000 fl. als Ersatz für die ausfallenden Einstandsgelder.

Außer den finanziellen Opfern sind die materiellen nicht zu vergessen.

Dagegen wird ein anderer Punkt ins Auge gefaßt werden müssen: die Einführung einer Konskriptionssteuer; daß nämlich von den jährlich pflichtigen 14,000 Mann die nicht ausgehobenen 9000 Mann oder mindestens doch 7000 eine Steuer zahlen.

Was den militärischen Geist betrifft, so besteht derselbe im Wesentlichen darin, daß der Soldat daran sich gewöhnt, mit Aufopferung seines ganzen Wesens nur dem Befehl zu folgen, weil er ein Befehl ist; er erinnere an die Düppeler Schanzen: die unbedingte Unterordnung unter Das, was sein muß, die Gewöhnung daran, darin besteht der militärische Geist.

Durch diese Erklärungen wolle er den Beweis liefern, daß die Regierung sich mit dieser Frage beschäftige; aber er könne auch die Ueberzeugung aussprechen, es sei jetzt nicht an der Zeit, auf diesem Landtag Schritte zu thun, um die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht weiter zu verfolgen.

Abg. Knies: Bei Besprechung dieser wichtigen Frage müssen zwei Punkte auseinander gehalten werden: die Beurtheilung des Konskriptionsgesetzes und die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht.

Was zunächst das Konskriptionssystem betrifft, so besteht dasselbe fast in allen Staaten, in gewisser Beziehung auch in Preußen. Der Staat erhebt für seine Bedürfnisse eine Naturalsteuer.

Die Last ruht auf der ganzen Jugend, der Staat braucht aber nur eine gewisse Anzahl, die er aushebt. Die Art, wie dies geschieht, ist nun freilich ganz abnorm, unter Anderem z. B. durch die Befreiung ganzer Kategorien, wobei eben die Befreiung Einzelner auf Kosten Anderer geschieht; ebenso bedürfe die Gebrechenordnung einer Revision.

Eine gewisse Ausgleichung für diese Mißstände, gerade für die unteren Stände und den Bauern, liegt dagegen, und das muß man nicht verkennen, in der durch den Militärdienst bewirkten Ausbildung, in der Kultur, die man einem Bauern auf sein ganzes Leben ansieht.

Ein weiteres Ausgleichungsmittel wäre etwa die schon berührte Wehrsteuer, aber nicht zu Gunsten der Staatskasse, sondern zur Aufbesserung der Löhnungen. Dieser Punkt ist auch in Preußen neuerdings in Erwägung gezogen worden.

Was die Petitionen betrifft, so habe er schon gestern erklärt, daß er die Zeit für die Durchführung dieser allgemeinen Wehrpflicht jetzt noch nicht gekommen glaube.

Vor allen Dingen muß auf die Schwierigkeiten der Durchführung aufmerksam gemacht werden. Aber sie wird mit der Zeit durchgeführt werden und auch eine deutsche Flotte erstehen; in dieser letztern Beziehung hat vielleicht das jüngste bedauerliche Seetreffen seine guten Folgen; wir werden auf eine Flotte hinarbeiten; wir werden uns darin hoffentlich nicht durch das anstandslose Beifallrufen eines fremden Parlaments irre machen lassen.

Redner setzt nun seine Ansicht über die allgemeine Wehrpflicht oder vielmehr Dienstleistung auseinander.

Er sei dafür, weil sie ihm ein Ausfluß unseres ganzen politischen Staatssystems sei. In so fern ist sie eine Forderung der Gerechtigkeit, der Rechtsgleichheit.

Ein zweiter Grund ist die Steigerung der effektiven Leistungsfähigkeit der Armee, dadurch, daß in der Stunde der Gefahr das ganze Volk waffenfähig ist.

Ein weiterer Punkt ist die allerdings bestrittene Forderung des Minderaufwandes, herbeigeführt durch die verbesserte Organisation.

Auf diejenigen Projekte, welche durch die Einführung der Wehrpflicht eine Erhöhung des Budgets wollen, gebe er nichts; es muß vielmehr eine Ersparniß in volkswirthschaftlicher Beziehung eintreten.

Die erste Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht muß sein: Verpflichtung aller waffenfähigen jungen Männer.

Für diese Gesammtzahl ist die Erlernung der nothwendigen militärischen Leistungen eine Schule für den Mann.

Neben dieser allgemeinen Ausbildung der männlichen Gesammtbevölkerung kommt die Frage, wie viel für das stehende Heer nöthig sind; denn ein solches ist eine Nothwendigkeit, und die Systeme, welche davon abstrahiren oder es auf ein Minimum beschränken wollen, sind schon dadurch für unsere Verhältnisse ungeeignet.

Redner ist der Meinung, daß die Cadres viel kleiner sein können, als sie jetzt sind; freilich ist darauf Gewicht zu legen, daß der Bund ein gewisses Maß fordert.

Die eigentliche Hauptschwierigkeit der Frage bestehe in der Heranbildung der Offiziere. Die Bildung eines festen Stammes ist überhaupt ein wichtiger Punkt für das Heer, und gerade für diesen festen Bestandtheil muß eine Erhöhung der Löhnung eintreten. Auch wäre hier wohl die Stellvertretung, aber nur in Friedenszeiten, am Platz.

Indem wir hier aus Mangel an Raum für heute abbrechen und den Schluß morgen nachtragen, bemerken wir noch kurz, daß weiter an der Debatte Theil nahmen die Abgg. Schaaff, Moll, Gerwig, Staatsrath Lamey, v. Feder, Kirsner, Häusser, v. Roggenbach, Berichterstatter Lamey, worauf der Kommissionsantrag angenommen wird.

Der Präsident schließt die Sitzung nach beinahe fünfstündiger Dauer, mit der Bemerkung, daß die nächste Sitzung erst Dienstag den 24. d. M. stattfinden werde.

Baden.

Freiburg, 10. Mai. Dem „Oberrh. Kur." zufolge wurde dem großh. Amtsgericht Emmendingen heute früh die Anzeige gemacht, daß man bei Theningen einen erschlagenen Mann aufgefunden hat. Die Untersuchung ist bereits im Gange.

Vermischte Nachrichten.

— München, 8. Mai. Richard Wagner ist vor einigen Tagen von Wien hieher gekommen. Seine Anwesenheit in der bayrischen Hauptstadt hat zu vielerlei Gerüchten Veranlassung gegeben, z. B. daß er zum Kapellmeister oder Referenten in musikalischen Dingen ernannt werden sollte oder worden sei. Dem wird von der „Bayer. Ztg." offiziell widersprochen. Dagegen soll — wie die „Augsb. Abdztg." wissen will — der König Hrn. Wagner, für dessen Kompositionen Se. Maj. eine Vorliebe hat, einen Sustentationsgehalt von jährlich 1200 fl. aus der k. Kabinetskasse bewilligt haben. Hr. Wagner wird aber nicht seinen dauernden Aufenthalt hier nehmen, sondern vielmehr schon morgen München wieder verlassen.

— Aus Dresden, 8. Mai, wird der „Nat.-Ztg." geschrieben: „Schon seit 5 Tagen ist bekanntlich der preußische Gesandte Graf zu Rantzau verstorben und noch immer soll er beerdigt werden. Der plötzliche Tod, sowie das Fehlen von Verwesungssymptomen am Leichnam hat bei den Hinterbliebenen den Glauben hervorgerufen, der Graf befinde sich möglicher Weise im Scheintode. Ehe nicht bestimmte Zeichen von Verwesung vorhanden sind, wird die Bestattung nicht stattfinden."

— Berlin, 8. Mai. Ein Zeugniß dafür, wie unpopulär die Annexions-Träumereien bei allen unbefangenen Leuten sind, bietet auch wieder das vorgestern ausgegebene Mai-Heft der „Preußischen Jahrbücher", die in ihrer politischen Korrespondenz gerade die liberale Partei vor Kombinationen warnen, die schließlich doch nur Dänemark in die Hände arbeiten würden. Die Annexionsideen werden von den „Preuß. Jahrb." mit eindringlicher Schärfe beleuchtet und verurtheilt.

— Berlin, 9. Mai. In Betreff des bereits mehrfach erwähnten Pioniers Klinke geht dem „Pr. Staatsanz." von offizieller Seite folgende Mittheilung zu:

Der gegen die Schanze 2 bestimmten Sturmkolonne war die 4. Kompagnie brandenburgischen Pionierbataillons unter Kommando des Hauptmanns Daun zugetheilt und mit der Führung des 1. Zuges derselben der Unterleutnant Diener beauftragt worden. Von diesem wurden drei Mann zum Tragen je eines Pulversackes von 30 Pfund und ein Mann zum Tragen der dazu gehörigen Lunten bestimmt, wobei Leutnant Diener sich den Befehl zur Anwendung dieses Sprengmittels vorbehielt, da gemäß der für die Ingenieuroffiziere ausgegebenen Instruktion die Pallisaden erst dann, wenn sich die andern Mittel als unzureichend erwiesen, mit Pulver gesprengt werden sollten. Während des Vorgehens hat der zum Tragen der Lunten bestimmte Pionier Klinke gegen den Oberleutnant v. Saß-Jaworsky des brandenburgischen Füsilierregiments Nr. 35 geäußert, daß er entschlossen sei, den Sturmkolonnen durch Sprengung mit Pulver einen Weg durch den Graben zu bahnen, wenn er auch sein Leben dabei opfern müßte. Beim Anlauf gegen die Schanze war ein dichtes Aufschließen der Pioniere, wie es der Unterleutnant Diener seinen Mannschaften anempfohlen hatte, nicht zu ermöglichen, da ein Theil der Leute, welche mit den zur Beseitigung der Hindernißmittel erforderlichen Geräthschaften belastet waren, mit den übrigen nicht gleichen Schritt halten konnten und außerdem viele der Vordersten gleich zu Anfang außer Gefecht gesetzt wurden. So kam es, daß der Leutnant Diener in dem Moment, wo er an dem Grabenrande ankam, nur den Unteroffizier Lademann, den Gefreiten Siedschlag mit einer Axt, den Pionier Kitto mit einem Pulversack, und den Pionier Klinke mit der Lunte zur sofortigen Verfügung hatte. Da der Leutnant Diener die Grabenpallisadirung fast noch ganz unversehrt vorfand und ihre Beseitigung durch die Axt nicht so schnell ins Werk gesetzt werden konnte, als es der Augenblick erforderte, so beschloß er in Ermangelung anderer Mittel, sofort eine Sprengung mit Pulver zur Anwendung zu bringen. Während er den Unteroffizier Lademann mit dem Heranholen der etwas zurückgebliebenen Mannschaften beauftragte, setzte daher seinem Befehle gemäß der Pionier Kitto den Pulversack dicht am Grabenrande nieder, umfaßte denselben mit beiden Händen und warf ihn, sobald die Zündung des Granatzünders durch die Lunte des ꝛc. Klinke bewerkstelligt worden, an den Fuß der dicht an der Contreescarpe stehenden Pallisadirung in den Graben. Bevor jedoch die hierbei Beschäftigten Zeit hatten, der ihnen gegebenen Anweisung entsprechend, sich platt auf den Boden hinzulegen, erfolgte bereits die Explosion, durch welche vier Pallisaden nach der Schanze zu umgebogen, der Pionier Klinke links und Leutnant Diener rechts in den Graben geschleudert wurden. Letzterer, mit verbrannter Hand, sonst unversehrt, erstieg sofort durch die entstandene Oeffnung, welche durch die inzwischen herbeigekommenen übrigen Mannschaften ohne Schwierigkeit erweitert wurde, die Brustwehr. Nachdem die Schanze genommen, kehrte der Leutnant Diener zur Contreescarpe zurück und fand dort den Pionier Klinke, stark im Gesicht verbrannt und mit einer Schußwunde durch Arm und Brust, liegend noch am Leben vor. Derselbe hatte diese Verwundung beim Herausklettern aus dem Graben erhalten, wie er dem Leutnant selbst sagte. Er verstarb demnächst auf dem Transport nach dem Lazareth. Der Pionier Kitto, der in liegender Stellung den Pulversack in den Graben geworfen, hat keine Verletzung davongetragen, ebenso blieb der Gefreite Siedschlag unversehrt, erst beim Ersteigen der Brustwehr wurde diesem durch einen feindlichen Kartätschenschuß die eine Hälfte des Gesichtes nicht unbedeutend verbrannt. Die Unerschrockenheit und Kaltblütigkeit, welche der gefallene Pionier Klinke, sowie der Pionier Kitto während des ganzen Herganges an den Tag legten, haben die Bewunderung der am Sturm Theil nehmenden Truppen in hohem Grade erregt. Der Pionier Klinke, von Profession Bergmann, aus Bohsdorf bei Spremberg, hinterläßt eine Frau, die vor kurzem entbunden worden ist, nebst 3 Kindern in dürftigen Umständen. Der Pionier Kitto ist seines tapfern Benehmens wegen zur Ertheilung einer Auszeichnung Allerhöchsten Orts in Vorschlag gebracht worden.

— Berlin, 10. Mai. Nach der „Zeidl. Korr." soll sich das Vermögen, welches Meyerbeer hinterläßt, auf 3,600,000 Thaler belaufen.

Nachschrift.

Telegramme.

† **Berlin,** 11. Mai. Der „Staatsanzeiger" veröffentlicht den Beschluß der Londoner Konferenz bezüglich der Waffenruhe, nachdem derselbe die allerhöchste Bestätigung erhalten. — Die Kronprinzessin reist auf Einladung des Kronprinzen mit dem heutigen Nachtzug nach Flensburg. In einigen Tagen werden der Kronprinz und die Kronprinzessin hieher zurückkehren.

† **Kuxhafen,** 11. Mai. Der Kommandeur der Fregatte „Schwarzenberg" wurde zum Admiral ernannt; er beschloß, daß die Leichverwundeten an Bord bleiben sollen.

† **Flensburg,** 11. Mai. Das „Schlesw. Verordnungsblatt" vom Heutigen veröffentlicht eine Verordnung der Zivilkommissäre, wodurch — einem fast einstimmigen Wunsche der Bevölkerung gemäß — in der Wiesharde (westlich und südwestlich von Flensburg) die deutsche Sprache als Schul- und Kirchensprache eingeführt wird. Ebenso in Tondern, wo jedoch in den Mittelklassen wöchentlich vier dänische Stunden bleiben. Die in Mügeltondern (dänisches Enklave) erscheinende „Vestslesvigske Tid." wurde unterdrückt.

† **Kopenhagen,** 10. Mai. „Fädrelandet" sagt heute, es heiße, daß die Minister Casse und Nutzhorn wegen des Staatsraths-Beschlusses, die Genehmigung der Waffenruhe betreffend, ihre Entlassung eingereicht hätten.

Paris, 11. Mai. (Sch. M.) Im Gesetzgeb. Körper wurde gestern die Finanzdebatte fortgesetzt. Auf die Rede Berryers antwortete Minister Rouher. Der Friede, sagte dieser u. A., beruht heute auf ernstlichen Bürgschaften. Der Friede ist in der Hand Frankreichs; Frankreich wird sie nur dann öffnen, wenn es durch die Sorge um die Vertheidigung seiner Ehre und der Unverletzlichkeit seiner Grenzen dazu gezwungen ist. Was den beklagenswerthen Konflikt im Norden Europa's betrifft, so ist nun zu hoffen, daß er eine friedliche Lösung finden wird. Man kann unmöglich glauben, daß die Großmächte in London versammelt sind, ohne zu einem Ergebniß zu gelangen.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

10. Mai.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 8,00'''	+13,0	S.W.	ganz bew.	trüb, mild
Mittags 2 „	„ 8,73'''	+12,0	„	„ „	„ Regentropf.
Nachts 9 „	„ 8,93'''	+10,0	„	„ „	„ kühl

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 12. Mai. 2. Quartal. 65. Abonnementsvorstellung. **„Was ihr wollt"**; Lustspiel in 3 Akten, von Shakespeare, übersetzt von Schlegel.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.h.859. Warthausen bei Biberach (Württemberg).

Für Wollen-Spinnereien

Wegen Aufgabe meines Spinnerei-Geschäftes bringe ich am

Donnerstag den 19. Mai d. J., Morgens 9 Uhr,

meine vollständige Einrichtung, bestehend in

8 Droussetten, 5 Contennes, 2 Wölfen, Feinspinn-, Zwirn-, Reinigungs-, Schleif- und Centrifugal-Maschinen, Garnpressen, Haspeln und sonstigen **Spinnerei-Requisiten,**

im Wege der öffentlichen Versteigerung gegen baare Bezahlung zum Verkauf.

Die Droussetten sind im besten Zustande und in letzter Zeit größtentheils frisch beschlagen worden, die Feinspinn-Maschinen bestehen in 6 Wagen mit 80 und 1 Wagen mit 180 Spindeln, sämmtlich mit Wassertrieb; wozu freundlichst einladet

Warthausen bei Biberach (Württemberg), den 9. Mai 1864

Bernhard Staib.

Todes-anzeige.

Z.h.869. Gernsbach. Freunden und Bekannten geben wir die traurige Nachricht, daß unser geliebter Vater, Schwiegervater und Großvater, David Kauffmann, heute Mittag, im Alter von 84 Jahren, nach kurzem Leiden sanft entschlafen ist.

Es bitten um stille Theilnahme,
Gernsbach, den 10. Mai 1864,
Die Hinterbliebenen.

Z.g.796. Nr. 8367. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Aus der für verwaiste, vermögenslose Mädchen kathol. Konfession in einigen Baden-Baden'schen Landestheilen bestehenden Georg-Elisabethen-Stiftung sind pro 1863/64 wieder 5 Aussteuerpreise von je 333 fl. 20 kr. zu vergeben, und zwar nach dem in dem Statut dieser Stiftung vom 20. Dezember 1791 und 7. April 1820 vorgeschriebenen Turnus diesmal

1) drei Preise für drei Dienerwaisen aus den gesammtehemaligen Baden-Baden'schen Landestheilen;
2) ein Preis für den damaligen Oberamtsbezirk Mahlberg nach dem Bestand vom Jahr 1771 mit den in dem gegenwärtigen Turnus noch nicht berücksichtigten Ortschaften mit Friesenheim, Heiligenzell, Ichenheim, Kippenheim, Kippeimweiler, Langenharder-Höfen und Wagenstadt;
3) ein Preis für den damaligen Oberamtsbezirk Eberstein, jetzt Gernsbach, mit Hilpertsau, Langenbrandt, Gausbach, Forbach, Hördten, Ottenau, Lautenbach, Freiolsheim und Au.

Mit Bezugnahme auf die in dem Anzeigeblatt für den vormaligen Kinzig-, Murg- und Pfinzkreis vom 22. April 1820 näher bezeichneten Bestimmungen werden nun die wenigstens vaterlosen Waisen, weiblichen Geschlechts, welche das 16. Jahr zurückgelegt haben und sich um diese Aussteuerpreise bewerben wollen, aufgefordert, binnen 3 Wochen, vom Tag dieser Verkündung an, sich an ihre geistlichen und weltlichen Ortsvorgesetzten zu wenden, sie um Zeugnisse über Alter, Sitten-, Vermögens-, Familienverhältnisse und um Vorlage ihrer Gesuche an das betreffende Amt zu bitten, welches dieselben sodann binnen weiteren 8 Tagen mit gutächtlichem Antrag anher, oder, soweit die Waise im Bezirk großh. Oberrheinkreisregierung wohnt, an diese Stelle vorzulegen hat.

Die großh. Aemter haben diese Bekanntmachung sofort auch in ihren Verkündungsblättern zur weiteren Kenntniß zu bringen.

Karlsruhe, den 7. Mai 1864.
Großh. Regierung des Mittelrheinkreises.
Fieser.
Erxleben.

Steindrucker-Gesuch.

Z.h.865. Ein in Feder- und Gravirmanier gut geübter Steindrucker findet eine angenehme Stellung.

Frankirte Angebote unter X. Z. besorgt die Expedition dieses Blattes.

Z.h.867. Ettlingen.

Möbelschreiner-Gesuch.

Bei Unterzeichnetem finden einige Arbeiter bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung. **Pfändler,** Schreinermeister.

Gesucht wird

ein tüchtiges, fleißiges Mädchen, welches gut kochen, waschen, putzen, überhaupt einer Haushaltung gut vorstehen kann, und findet auf nächstes Ziel gegen guten Lohn eine Stelle. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes. Z.h.875.

Z.h.819. Mainz.

Lackirer finden Beschäftigung in der Eisenbahnwagen-Fabrik von **Gastell & Harig** in **Mainz.**

Weinversteigerung. Z.h.874. Karlsruhe. Herr Jakob Speck läßt in Folge seiner Abreise nach Kalifornien am

Mittwoch den 18. Mai 1864,
Vormittags 10 Uhr,

im Hause Eck der Kronenstraße und des Vordern Zirkels Nr. 3, nachbenannte reingehaltene Weine unter den üblichen Bedingungen öffentlich versteigern:

40 Ohm Klingelberger,
44 „ Kleoner,
22 „ Affenthaler,
56 „ Weißherbst,
240 „ verschiedene andere weiße Weine,
2 „ Kirschenwasser.

Die Weine sind von den Jahrgängen 1862 und 1863 und von edlen Rebsorten.

Die Proben können 2 Tage vor der Versteigerung am Faß genommen werden.

Auch werden Fässer von verschiedener Größe an gleichem Tage mit versteigert.

Karlsruhe, den 7. Mai 1864.
Herrenschmidt, Gerichtstaxator.

Soolbad und Traubenkurort Dürkheim a. d. Haardt.

Telegraphenstation.

Soolbäder. **Molkenkur.**

Die Eröffnung der jod- und bromhaltigen Soolquellen Dürkheims, deren Wirkungen bei skrophulösen Erkrankungen, Drüsenanschwellungen, Hautkrankheiten, chronischen Gebärmutterleiden von Jahr zu Jahr mehr anerkannt werden, findet am

15. Mai statt.

Die gesunde Lage Dürkheims, mit seiner hübschen Umgebung, den Gradir-Häusern und Molkenkur, eignet sich auch besonders zum Aufenthalt für Brustkranke.

Nähere Auskunft ertheilt

Z.h.848. ***Die Bade-Commission.***

Z.h.851.

Pferde-Wettrennen von Schleithal—Weissenburg

am Pfingstmontag 16. Mai, um 12 Uhr Mittags.

Die Wettrennen haben statt im Trab, Galopp und Steeple-chase. Acht Preise an Geld, Sattel und Reitzeug werden an die Sieger auf der von schönen Waldungen und in reizender Gegend liegenden Rennbahn von Weissenburg vertheilt. Die Musik des in Hagenau liegenden Lanciers-Regiments wird die Festlichkeit erhöhen.

Die Verwaltungen der Eisenbahnen des Großherzogthums Baden und der K. Bayr. Pfalz haben in Betracht des jährlich wachsenden Besuches dieser großartigen Festlichkeit, mit welcher zugleich ein Pferdemarkt verbunden wird, Extrazüge in der Frühe am 16. Mai und Retourfahrten Abends errichtet.

Man findet Droschken, Omnibus und andere Fuhren am Bahnhofe von Weissenburg zur Rennbahn und zurück; Distanz 3 Kilometer.

Z.h.727. **Herrenalb**
zwischen **Wildbad** u. **Baden.**
Den

Gasthof z. Ochsen (Post)

neu eingerichtet für Fremde (Reisende und Badgäste), stets versehen mit guter Küche, reinen in- und ausländischen Weinen, gutem Lagerbier, empfiehlt unter Zusicherung prompter und billiger Bedienung

Der **neue** Eigenthümer
A. Mönch, Posthalter.

Versteigerung. Z.h.873. Karlsruhe. Am

Mittwoch den 18. Mai,
Vormittags 12 Uhr,

läßt der Unterzeichnete im Hause Eck der Kronenstraße und Vordern Zirkel Nr. 3, unter den üblichen Bedingungen öffentlich versteigern:

2 Pferde, 2 Geschirre, 1 Phaeton, 1 Weinwagen;

wozu Liebhaber einladet

Jakob Speck.

Z.h.862. Lahr.

Verkaufsanzeige.

In Folge unseres Wegzuges bieten wir nachstehend verzeichnete Gegenstände zu ganz niedrigen Preisen an:

Eine größere Parthie neue Webstühle, Jacquardmaschinen und Jacquardeinrichtungen,
eine Zwirnmaschine,
zwei Spulmaschinen,
zwei Zettelrahmen,
ein Galanter,
eine Presse mit eiserner Spindel, nebst Preßspänen und Zugehör zum Warmpressen,
eine Brückenwaage,
eine Appretirmaschine,
eine Waschmaschine,
zwei Streckstühle zum Aufrollen der Waare,
Küpen, Kessel und sonstige Geräthschaften.

Liebhaber belieben sich baldigst direkt an uns zu wenden, indem unser Wegzug noch in diesem Monat stattfindet.

Lahr, den 10. Mai 1864.

Gebrüder Zürcher.

Z.h.601.

Badenweiler

im badischen Oberlande.

Thermalbäder, Luft- und Molkenkurort.

Eröffnung im Mai 1864.

Z.h.855. Karlsruhe.

Carl Arleth,

Großherzoglicher Hoflieferant,

empfiehlt frisches vorzügliches
echt **Münchner Bockbier** vom Hofbräuhaus,
„ „ **Lagerbier** vom Spaten,
„ „ **Bockbier** „ „
„ „ **Exportbier** von G. Pschorr,
— echt englische **Ale** und **Porterbier** ꝛc. —

Kaufgesuch. Z.h.838. Eine engl. **Drehbank** mit abgeköpften Wangen und ca. 9" Spitzenhöhe wird zu kaufen gesucht. Zu erfragen bei der Expedition dieses Blattes.

Z.g.781. Baden.

Fahrnißversteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden am

Dienstag den 17., Mittwoch den 18., Donnerstag den 19., Freitag den 20., Mittwoch den 25., u. Freitag den 27. Mai d. J.

auf dem Rathhause dahier folgende Fahrnisse gegen Baarzahlung öffentlich versteigert, als:

Feine Möbel aller Art, 20 aufgerichtete Betten, Bett- und Weißzeug, Silber, Christophl, Spiegel in Gold- und Holzrahmen, Garnituren von Kanapee's, Fauteuils und Sessel, werthvolle Gemälde, feine Weine, Küchengeschirr, Glas und Porzellan, Faß- und Bandgeschirr, ein eiserner Herd zur Doppelfeuerung eingerichtet, kupferne Kessel und Kasserolen, Herren- und Frauenkleider, Vorhänge, Teppiche, Lichtstöcke ꝛc.

Am Dienstag den 17. Mai, Nachmittags 3 Uhr, wird die Versteigerung des Herdes stattfinden und kann am selben Tage von 12 — 2 Uhr im Hause Nr. 89 gegenüber der Trinkhalle eingesehen werden.

Baden, den 2. Mai 1864.
Der Gerichtsvollzieher:
M. Schäfer.

Z.g.785. Nr. 6000. Waldshut. (Versäumungserkenntniß.) Da auf die diesseitige Aufforderung vom 18. Februar d. J., Nr. 2486, verkündet in den Beilagen zu Nr. 47, 48 und 50 dieses Blattes, sich Niemand gemeldet hat, so werden die darin bemeldeten Ansprüche und dinglichen Rechte, dem jetzigen Erwerber gegenüber, für verloren erklärt.

Waldshut, den 22. April 1864.
Großh. bad. Amtsgericht.
Eble.

Z.g.783. Nr. 2441. Achern. (Aufforderung.) Der 20 Jahre alte Wilhelm Schönle von Ringelbach ist auf gerichtliche Anzeige des Gemeinderaths Andreas Hund von Kappelrodeck des Betrugs zum Nachtheil des Letztern, im Betrag von 1 fl., und des Rückfalls in dieses Verbrechen angeschuldigt und flüchtig. Er wird aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen dahier zu verantworten, widrigenfalls das Urtheil nach Lage der Akten erlassen würde. Zugleich ersuchen wir sämmtliche Polizeibehörden, den Angeschuldigten auf Betreten an uns abzuliefern. Achern, den 7. Mai 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Wedekind. J. Eberle, A. j.

Frankfurt, 10. Mai 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	3½% Obligation.	93⅞ P.
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	101½ P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	— —	„	4½% do.	102 P.
„	5% do. 1859 „ „	78⅞ b.G.	„	4% do.	99⅝ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	91 G.	„	3½% do.	92¼ G.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	82¾ G.	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	99½ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	67⅝ b.G.	Brschw	3½% O. b. R. à 105	91¾ P.
„	5% Met.-Obligat.	61¾ G.	Lxbrg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	90⅝ G.
„	5% do. 1852 C. b. R.	61¾ G.	„	4% do. à 105 kr. b. E.	90 P.
„	4½% Met.-Oblig.	54 G.	Frankf.	3½% Obligation.	98 bez.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	105½ G.	„	3% do.	92½ P.
„	4½% do.	99¾ G.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	85⅝ P.
„	4% do.	95¾ P.	Finnl.	4½% O. i. R. à 105	88½ P.
„	3½% Staatssch.	90 P.	Span.	3% inl. Schuld	49¼ P.
Bayern	4½% 1jährig	101¾ P.	„	2¼% Schuld	44¾ G.
„	4½% ½jährig	102⅛ bG	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100¼ bez.
„	4% 1jährig	100⅜ P.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	— —
„	4% ½jährig	100⅜ P.	Schwd.	4½% Obligation.	94⅞ P.
„	4% Ablös.-Rente	100 P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	94 P.
„	3½%	— —	Schwz.	4½% E. O. i. Fr. à 28	— —
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	104½ G.	„	4½% Bern. St.-O.	100¾ G.
„	4% do.	102⅝ G.	„	4% do.	94 P.
„	3½% do.	94½ P.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	96½ G.
Baden	4% Obligation.	100⅛ P.	N-Am.	6% St. i. D. r. 1881	60½ P.
„	3½% do. v. 1842	93¼ P.	„	6% do. r. 1882	58⅛ bez.
G.Hess.	5% Obligation.	101¾ G.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	99¾ P.	„	5% do. r. 1874	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	127 G.
„ 250 fl. „ 1854	79¼ P.
„ 100 fl. Pr. L 1858	130 G.
„ 500 fl. v. 1860 6/7	98¾ P.
„ 100 fl. v. 1864	83¾ bG.
3½% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	9¾ P.
Bad. 50-fl.-Loose	111¾ P.
„ 35-fl.- „	52¾ G.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	56⅛ G.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	137¾ P.
„ 25 fl. „ „ „	37⅜ P.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	36½ P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	— —
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	34¼ P.
2½ Lütt. Pr. O. b. G.	35¾ P.
3% Bordeaux 100 Fr	86½ P.
Ansb.-Gunzenh. L.	11¾ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k.S.	100⅞ B.
Antwerpen	„	93¾ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	99¾ G.
Berlin	„	105¼ B.
Bremen	„	97 B.
Brüssel	„	93¾ G.
Cöln	„	105¼ B.
Hamburg	„	88¾ B.
Leipzig	„	104⅞ G.
London	„	119 G.
Mailand. i. Fr. 200	„	93⅝ G.
München	„	99⅝ G.
Paris	„	94⅛ bez.
„ 60 à 90 T.		93⅞ G.
Wien	k.S.	101¾ G.
Disconto		3½% G.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	138¼ G.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	96⅝ P.
3% Oesterr. Bank-Aktien	788 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	51¼ P.
5% „ Cred. A. i. O. W.	199½ G.	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50½ G.
3% Bayer. Bank à fl. 500	— —	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	76¼ P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	219½ P.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	81⅜ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	92 bez.	5% do. neueste Emiss. 6/7	— —
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	96¼ P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. 6/7	85⅛ P.
4% Luxemb. Bank-Aktien	104⅞ G.	5% Galz. Carl Ldwb.-Pr O. 6/7	84½ P.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	4½% Hess. Ldwigsb.-Prior.	101¼ P.
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	317 P.	5% Oest. Lld. 1. Pr.-O. i. Silb.	78 G.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	101½ P.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	189 G.	4½% Ldwh.-Verb. Pr.-Obl.	102½ P.
5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. 5/6	112 P.	4% „ „ „	92⅝ P.
5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	68 G.	4½% Rhein-Naheb. Pr.-O.	98½ G.
Rhein-Nahe-Bahn	27⅛ G.	5% Ital. R 20% Einz. Fr. à 28	— —
4% Ldwh.-Verb. Eisenbahn	143¼ P.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	245½ P.
4% Neustadt-Dürkheimer	98½ P.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	— —
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	104½ P.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	111⅜ P.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	112¼ P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	151 G.
4% Hess. Ludwigsbahn	127⅞ G.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	106 P.
Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 10% „	93 G.
4½% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 41 -42
Preuß. Frd'or.	„	9 56 -57
Holl. fl. 10 St.	„	9 49 -50
Rand-Ducat.	„	5 33½-34½
20-Frankenst.	„	9 23½-24½
Engl. Sover.	„	11 49 -53
Russ. Imper.	„	9 42 -44
Gold pr. Zpfd.	„	803 -808
5-Frank.-Thl.	„	— —
Alte österr. 20r.	„	30 24 G.
Rand-20r.	„	30 12 G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52 6-36
Preuß. Cassch.	„	1 45 -45¼
Doll. in Gold	„	2 26½-27½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg